

Herr Vizepräsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Junge Menschen studieren europaweit, unter anderem mit dem EU-Programm ERASMUS. Ich habe die Möglichkeit, den Nachbarort von Bad Freienwalde, den polnischen Ort Osinów Dolny, ohne Grenzkontrolle zu besuchen. Langzeitarbeitslosen wird unter anderem mit aus ESF-Mitteln geförderten Maßnahmen wieder der Einstieg in das Arbeitsleben ermöglicht. Auf dem Flug zwischen Berlin und Barcelona gibt es keine Zollkontrollen mehr, und wir haben in vielen europäischen Ländern eine gemeinsame Währung, den Euro.

All dies sind für uns, für uns europäische Bürgerinnen und Bürger, inzwischen Selbstverständlichkeiten. Sie sind allerdings inzwischen so selbstverständlich, dass nur noch wenige diese direkt mit der Gemeinschaft der EU verbinden. Genau diese Gemeinschaft, die Idee der europäischen Einheit, befindet sich derzeit wieder in einer Krise. Durch den Brexit, den Ausstieg Großbritanniens aus dem Staatenbund, sowie der starken Nationalstaatlichkeit, insbesondere der osteuropäischen Mitgliedsstaaten, wird deutlich, in welchem schwierigen und stürmischen Gewässer sich das Schiff Europa derzeit befindet. Es liegt nun auch an uns, das Schiff in ruhigere Gewässer zu bringen und die Mannschaft wieder in eine Richtung rudern zu lassen. Werte Kolleginnen und Kollegen, Brandenburg gehört genau dieser Bordmannschaft an, und wir sitzen mittendrin.

Von 60 Jahren wurde aufgrund der schrecklichen Erfahrungen von Krieg und Abgrenzung mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge ein Neustart für eine europäische Gemeinschaft begonnen. Die europäische Einigung ist von historischer Errungenschaft. Mit der europäischen Einigung wurden alte Feindseligkeiten endlich überwunden. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! - Das war die Losung zum Ende des 2. Weltkrieges.

Heute arbeiten die Staaten Europas zusammen. Ein Zusammenbrechen der EU würde

diese Friedensunion möglicherweise in Gefahr bringen. Längst überwunden geglaubte

zwischenstaatliche Konflikte könnten wieder in den Vordergrund treten. Genau das will ich nicht. Europa muss durch Demokratie und soziale Gerechtigkeit verändert

werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass gerade rechte Parteien und Populisten Europa nach ihrem Bild verändern und Europa zerstören.

Durch die Kommission wurde nun mit dem Weißbuch eine Vorlage für mögliche Szenarien

für eine Zukunft der EU vorgelegt. Es soll zu einer Debatte anregen, genau dazu ist ein entsprechender Dialog gewünscht. Gern beteiligen wir uns an diesem Dialog und fordern mit unserem Antrag die Landesregierung unter anderem auf, sich weiterhin im Dialog mit den Bürgern über die Zukunft der EU auszutauschen. Auf Anregung

der Koalitionsfraktionen hier im brandenburgischen Landtag wird es nach der Sommerpause im zuständigen Fachausschuss, im Europaausschuss, eine Anhörung zu diesem Thema geben.

Die Europäische Union darf nicht nur als eine Wirtschaftsunion verstanden werden. Ich will ein soziales, solidarisches, demokratisches und vor allem friedliches Europa.

Dies sind für mich die vier Grundpfeiler für eine zukünftige EU.

Das bedeutet erstens: Wir benötigen eine ehrliche soziale Säule der EU. Wir brauchen

eine Sozialunion mit Mindeststandards, die entsprechend der jeweiligen Entwicklungen

in den Mitgliedsstaaten zum Tragen kommen, ohne einen Mitgliedsstaat oder seine Mitbürgerinnen und Mitbürger zu überfordern oder gar zurückzulassen.

Die Reichtums- und Armutsschere innerhalb der Europäischen Union muss geschlossen werden.

Zweitens: Die europäische Gemeinschaft muss auch in der Frage der Flüchtlingspolitik

eine solidarische Gemeinschaft sein, wo jeder seine Verantwortung wahrnimmt und nicht zu nationalen Egoismen zurückkehrt.

Zur Lösung der Fluchtursachen wird ein gemeinsames Agieren der europäischen Mitgliedsstaaten benötigt. Deshalb ist eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik

hin zu mehr Kooperation auf Augenhöhe nötig. Nur die EU und nicht ein Nationalstaat

allein kann die entwicklungspolitischen Herausforderungen und Aufgaben

gemeinsam mit dem Kontinent Afrika lösen.

Drittens: Die Institutionen der EU müssen grundlegend demokratisiert werden. Dabei muss der Grundsatz der Subsidiarität gelten, der sicherstellen soll, dass politische Entscheidungen der EU so bürgernah wie möglich getroffen werden. Die

Mitgliedsstaaten

der EU sollen aufgrund europäischer gemeinsamer Rahmenbedingungen auch auf lokaler und regionaler Ebene - wie wir hier im brandenburgischen Landtag - die Möglichkeit haben, selbst Schwerpunkte setzen zu können und eigenverantwortlich

zu handeln. Oft sind eben leider die nationalen Parlamente und auch das Europaparlament

nur wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, da die nationalen Regierungen im Rat allein die Entscheidungen treffen. Dies ist aus meiner Sicht auch einer der Gründe für genau diese Skepsis, die wir aktuell haben.

Viertens: Es muss Anspruch der EU sein, eine Friedensunion zu sein, um den Frieden

innerhalb Europas und auf der Welt zu bewahren.

Für mich ist ein Aufrüsten an den europäischen Außengrenzen dafür der falsche Ansatz.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Brandenburg liegt im Herzen Europas und hat mit seiner Nachbarschaft eine besondere Verantwortung. Wir wollen uns aktiv in den Dialog

zur Zukunft Europas einbringen - auch im gemeinsamen Dialog mit unseren polnischen

Nachbarn. Zudem werden wir uns als Land Brandenburg auch im Ostseeraum engagieren, wo das Land demnächst entsprechend eines Beschlusses zum Haushalt eine oder einen Partnerschaftsbeauftragten einsetzen wird.

Wir alle leben gemeinsam in der europäischen Grenzregion, in der Oder-Neiße-Region. Das ist eine Region mit Herausforderungen, aber auch mit Chancen. Gerade in den Herausforderungen liegen die Chancen für diese Region. In den letzten Jahren

ist diese gemeinsame Region beidseitig der Oder zusammengewachsen. Hier möchten wir weiter ansetzen.

Die Kooperationen mit den Nachbar-Wojewodschaften sind für uns, für Brandenburg,

aber auch für Europa in Gänze von großer Bedeutung. Dabei sind neben dem Polnischunterricht an brandenburgischen Schulen auch die grenzüberschreitenden Verkehrsanbindungen und die europäische Förderung durch das INTERREG-Programm wichtige Bausteine. Unser Ziel ist es zu erreichen, dass auch nach 2020 in der neuen Förderperiode eine gute Kohäsionspolitik vorhanden sein wird. Diese darf nicht über Banken finanziert werden, sondern muss - wie jetzt zum Beispiel mit dem ESFFonds - den Ländern und Trägern direkt die Chance geben, wichtige Projekte zu begleiten und somit den Menschen in Europa eine Chance und eine Perspektive zu zeigen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, abschließend will ich gern an dieser Stelle dem in diesem Haus geschätzten Lothar Bisky zitieren, der bereits 2011 zum Ausdruck brachte:

„... dass wir Linken uns unserer Verantwortung für die EU bewusst sind. Denn die Idee der Europäischen Einigung ist auch eine durchaus linke Idee, für die sich viele Linke in der Vergangenheit und in der Gegenwart eingesetzt haben und einsetzen. ... Um es klar zu sagen: Entweder wird es einen gemeinsamen solidarischen Weg aus der Krise geben. Dann kann die EU besser - sozialer, nachhaltiger, demokratischer - aus der Krise hervorgehen. Oder es gibt keine Lösung für die EU als Ganzes - mit entsprechenden schweren Konsequenzen.“

Lassen Sie uns gemeinsam in diesem Sinne mit und für die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und in Europa das Schiff Europa wieder in eine gute Zukunft steuern.